

# Freie Demokraten

Marburg **FDP**



## Kommunalwahlprogramm 2016

FDP Marburg

Barfüßertor 15 ½ 35037 Marburg

[info@fdp-marburg-biedenkopf.de](mailto:info@fdp-marburg-biedenkopf.de)

[www.fdp-marburg.de](http://www.fdp-marburg.de)

## **Vorwort.**

Jeder Bürger muss die Freiheit haben, seine persönlichen Vorstellungen bestmöglich zu verwirklichen. Diese Freiheit ist aber immer gepaart mit Verantwortung und Rücksichtnahme auf die Anderen. Eine breite Bürgerbeteiligung an Bauprojekten und der Stadtentwicklung ist dringend erforderlich, um nicht die Wünsche des Einzelnen oder starken Interessengruppen den anderen aufzudrängen. Ebenso wichtig ist eine Transparenz über das Vorgehen der Politik und der Verwaltung, denn seiner Verantwortung kann man nur mit vollständigen Informationen nachkommen!

Für uns Freie Demokraten ist Leistung ein hohes Gut! Wir freuen uns über jeden Bürger, der sich einbringt und engagiert, auch und gerade wenn andere Meinungen als unsere vertreten werden. Kulturelle Projekte, Elterninitiativen, Bürgerinitiativen und zahlreiche Vereine prägen und bereichern eine Stadt. All dies wäre ohne die Leistung des Einzelnen nicht möglich.

Wir, die Marburger FDP, und unsere Kandidaten auf der Kommunalwahlliste sind höchst unterschiedlich, wir leben in verschiedenen Bereichen der Kernstadt und den Stadtteilen, kommen aus verschiedenen Berufszweigen, gehören verschiedenen Religionen (oder keiner) an, weisen eine große Altersspanne auf, sind männlich wie weiblich, haben vielfältigste unterschiedliche Hobbys und Interessen, unsere Persönlichkeiten könnten unterschiedlicher nicht sein: von ruhig bis aufbrausend ist alles vertreten.

Kurzum: Wir sind die Marburger Bevölkerung!

Uns Freie Demokraten eint unser liberales Lebensgefühl! Wir lieben und schätzen gerade diese Unterschiede, das Anderssein, die Vielfältigkeit!

## **Unser Programm für die Kommunalwahl 2016:**

- 1. Verkehrsfluss statt Holperpiste.**
- 2. Flüchtlingskrise meistern. Nichts verschweigen.**
- 3. Lernen in Ruinen? Sanierungsstau beheben!**
- 4. Eine junge Stadt, gemeinsam für Ältere.**
- 5. Neues Denken statt neuer Windräder.**
- 6. Solide und transparente Finanzen statt Filz.**
- 7. Gründerkultur.**
- 8. Mit mehr Sicherheit leben.**
- 9. Politik mit Familien statt an ihnen vorbei.**
- 10. Marburg wohnenswert machen.**
- 11. Kulturvielfalt statt Einheitsbrei.**
- 12. Ortsbeiräte: Gegen ein Umdeuten nach Gutsherrenmanier.**

## 1. Verkehrsfluss statt Holperpiste.



Für uns ist die Bereitstellung von Infrastruktur eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben. Bürger dieser Stadt müssen mit wenig Zeitaufwand von A nach B kommen können. Aber auch für Andere muss die Stadt erreichbar bleiben, denn Marburg erfüllt für umliegende Gemeinden eine wichtige Funktion als Oberzentrum. Gerade weil unsere Stadt so sehens- und liebenswert ist, kommen viele Touristen. Aber auch für diese müssen wir die derzeitige Situation massiv verbessern.

- Sofortige Beendigung des gescheiterten „Verkehrsversuchs“ von Rot-Grün in der Nordstadt. So wird der Verkehr nur noch zäher, aber nicht weniger. Wir brauchen einfach nur noch länger für den Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen. Rot-Grün unter Oberbürgermeister Dr. Spies (SPD) soll endlich das Scheitern eingestehen.
- Rückabwicklung: Die vorherige, funktionierende Verkehrsführung wird wieder hergestellt (vor allem die 2. Spur stadteinwärts in der Bahnhofstraße).
- Wiederherstellung der gestrichenen Parkplätze und Stärkung der Geschäfte in der Bahnhofstraße. Viele Marburger, aber auch Menschen aus dem Umland, meiden inzwischen Marburg und fahren lieber gleich nach Wetzlar, Gießen oder Gladenbach zum Einkaufen, weil man dort besser parken kann. Wir müssen Marburg und die lokale Wirtschaft wieder stärken!
- Es muss sichergestellt werden, dass die Feuerwehr in der Ketzerbach wieder zügig ausrücken kann und die ehrenamtlichen Feuerwehrleute nicht im Stau der Bahnhofstraße stehen.
- Die Verlangsamung des Verkehrs und die Parkplatznot sind von Rot-Grün absichtlich gewollt. Wir wehren uns gegen dieses ideologische Diktat. Eine „Sektorierung“ Marburgs quasi durch die Hintertür lehnen wir ab.
- Die Elisabethstraße in Form einer „Umweltstraße“ stillzulegen, lehnen wir ab. Dafür ist diese Straße einfach zu wichtig für den alltäglichen Verkehrsfluß. Das ist zwar nicht schön, aber notwendig.
- Auch für Radfahrer ist die Situation nicht zufriedenstellend: wir fordern auch auf der Straße Markierungen, welche die Radfahrer auf die Radwege an der Lahn umleiten. Diese „Fahrradautobahn“ bildet eine zentrale Achse durch unsere Stadt, frei von Ampeln und Autos.
- Marode, schlaglochreiche Straßen, Rad- und Gehwege sowie Straßenmarkierungen erneuern anstatt viel Geld für „Verkehrsversuche“ und Gutachten auszugeben. Davon profitieren Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer gleichermaßen.
- Marburg braucht einen funktionierenden Verkehrsfluss und wesentlich mehr Parkplätze im Innenstadt-Bereich und an der Stadthalle. Gerade im Bereich Barfüßerstraße/ Barfüßertor, einem der zentralen Zugänge zur Fußgängerzone in der Oberstadt, fehlt ausreichender und bequem zu erreichender Parkraum. Das kann durch den Bau eines weiteren Parkhauses (das besser zu befahren ist als das verpfuschte Stadtwerke-Parkhaus im Pilgrimstein) im Bereich Barfüßerstraße/ Barfüßertor oder auf dem Sparkassen-Parkplatz gegenüber von Ahrens erreicht werden. Der Bau von mehreren kleinen öffentlichen Parkhäusern/ Parkdecks/

Tiefgaragen und das Aufstocken des bestehenden kleinen Parkdecks am Barfüßertor wäre ebenfalls denkbar. In Kombination mit einem modernen Parkleitsystem kann damit der „Parksuchverkehr“ drastisch reduziert werden.

- Der weitere Rückbau von Parkplätzen durch Rot-Grün muss gestoppt werden. Wir sehen noch Möglichkeiten gerade entlang der Universitätsstraße neue Parkplätze zu schaffen.
- Die nutzlosen Park&Ride-Parkplätze am Messeplatz und am Krekel sind bisher gescheitert. Niemand parkt dort, wartet eine halbe Stunde auf einen Linienbus, steigt am Hanno-Drechsler-Platz (Schloßberg-Center) aus, geht in die Oberstadt, kauft etwas ein und nimmt nach einer Wartezeit wieder einen Linienbus zurück zum Park&Ride-Parkplatz.
- Durchfahrtstraßen müssen weiterhin mit 50 km/h befahrbar bleiben, eine künstliche Verlangsamung wie im Wehrdaer Weg lehnen wir ab.
- Tempo-30-Zonen nur da, wo es Sinn macht. Denn überall wo Rechts-vor-Links-Verkehr herrscht kommt es zu vielen umweltschädlichen Stopp- und Anfahrvorgängen, die den Verkehr verlangsamen und gefährden.
- Doppeldeckerbusse: Die Busse der Stadtwerke Marburg fahren am Kapazitätslimit. Gerade die Linienbusse auf die Lahnberge sind brechend voll. Als realistischen und pragmatischen Gegenentwurf zu bizarren und teuren Vorschlägen wie „Seilbahn“ (Grüne), „Straßenbahn“ (SPD), „Lahnbergebahn ab Hölderlinstraße“ (Stadtwerkechef N. Schüren) und „Hybrid-Oberleitungsbus-mit-tonnenschwerer-Batterie-die-es-noch-gar-nicht-gibt- und-Zwischenaufladestation“ (auch Stadtwerkechef N. Schüren) favorisieren wir die Anschaffung von Doppeldeckerbussen. Doppeldeckerbusse erhöhen die Kapazität pro Bus massiv und nehmen dabei wesentlich weniger Straßenraum als Gelenkbusse oder Busse mit Anhängern ein. Das würde auch helfen, die verkorkte Situation im Bereich des missratenen „Verkehrsversuchs“ in der Bahnhofstraße zu entschärfen. Zudem würden mehr Busse hintereinander in die Haltestellen-Buchten passen. Doppeldeckerbusse sind standardmäßig am Markt erhältlich und könnten schnell beschafft werden. Die Frankfurter Nahverkehrsgesellschaft „TraffiQ“ testete einen aus Berlin geliehenen Doppeldeckerbus auf einer stark frequentierten Strecke in Frankfurt – das könnte Marburg einfach übernehmen – das wäre ein sinnvoller „Verkehrsversuch“. Anstatt Millionen nicht vorhandener Euros in Schienen oder Seile zu investieren zu wollen, sollten die Stadtwerke Ihre Aufgaben besser erfüllen.
- Die Stadtwerke Marburg haben einen hohen Nachholbedarf was Investitionen in Busse angeht. Dann doch gleich Doppeldecker, denn die Busflotte ist laut Nahverkehrsplan völlig überaltert – ganz im Gegensatz zum kostengünstiger betriebenen Nahverkehr im Landkreis. Hiervon kann sich jeder Fahrgast selbst überzeugen, in dem er innerstädtisch mal die Buslinie 383 benutzt.
- Auch für den innerstädtischen Busverkehr müssen öffentliche Ausschreibungen ermöglicht werden. So können eine Verbesserung und Modernisierung des Fuhrparks, günstigere Betriebskosten und mehr Fahrkomfort erreicht werden.
- Die Stadtwerke als Monopolist betreiben Misswirtschaft, die massiv zu einer Überalterung und Verschlechterung der Busflotte geführt hat.

- Die frühzeitige Koordination von öffentlichen und privaten Baustellen, die den Straßenverkehr einschränken oder behindern, muss verbessert werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die bevorstehende Großbaustelle Rudolphsplatz/ Weidenhäuser Brücke.
- Nah an der Oberstadt müssen die Busparkplätze für Touristikbusse erhalten bleiben und öffentliche WCs geschaffen werden.
- In Marburg wurde bisher wenig für den neuen und rasch wachsenden Fernbus-Markt getan: Die Fernbus-Station am Krümmbogen ist schlecht ausgestattet und gefährlich. Stattdessen wurde der nahe Bahnhofsvorplatz für viel Geld als Prestigeobjekt saniert – für die Fernbus-Station war bisher nichts übrig. Frei von Ideologien soll auch der Fernbusverkehr in Marburg unterstützt werden.

**Wir fordern als Sofortmaßnahmen:**

- Eine direkte Beleuchtung des Bussteigs. Die Straßenlaternen mit orangefarbenem Licht auf der anderen Straßenseite und unter der Brücke reichen nicht aus, zumal ein geparkter Bus das Licht abhält. Fernbusse fahren auch Abends!
- Mehr Sitzbänke und Mülleimer.
- Einen Stadtplan.
- Eine bessere Ausschilderung der Fernbus-Station ab dem Hauptbahnhof und ein großes Schild an der Brücke: „Fernbus-Station Marburg Hbf./ Krümmbogen“.
- Ein heller, neuer Anstrich unter der Brücke, um den Bereich etwas freundlicher zu gestalten.

**Danach müssen weitere Verbesserungen angepackt werden:**

- Leichte Verbreiterung der Busbucht (weiter unter die Brücke, mit Umgestaltung der Parkplätze), damit das Beladen der Busse zur Straße hin sicherer wird.
- Ein barrierefreier Zugang mit Blinden-Leitsystem am Boden.
- Ein Zebrastreifen für den sicheren Übergang von der/ zur Tankstelle.
- Prüfung einer weiteren Fernbus-Station auf dem Zollabfertigungsplatz unter der Brücke.



## 2. Flüchtlingskrise meistern. Nichts verschweigen.



**Flüchtlingskrise meistern.  
Nichts verschweigen.**

Lasst es uns anpacken!

**Freie Demokraten**  
Marburg **FDP**

Als Liberale verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl. Auch wir haben Mitgefühl mit den hier Ankommenden mit ihren vielen Einzelschicksalen. Dies darf uns aber nicht daran hindern, auch die Probleme anzusprechen, die diese für Kommunen mit sich bringen. Unsere Aufgabe als derzeitige Oppositionspartei ist es, städtisches Handeln kritisch zu hinterfragen. Denn nur weil man für eine gute Sache handelt, bedeutet dies nicht automatisch, dass man auch richtig handelt.

- Wir fordern immer wieder die strikte Einhaltung von geltenden Gesetzen und Verträgen von allen Beteiligten. Das gilt auch für den Landkreis und die Stadtverwaltung, die z.B. transparente Ausschreibe- und Vergabeverfahren durchzuführen haben. Mit Transparenz bei der Auftragsvergabe können wir Kostensenkungen und eine Eindämmung des Korruptionspotenzials erreichen. So kann letztlich jenen, die als anerkannte Flüchtlinge bei uns bleiben besser und nachhaltiger geholfen werden.
- Es darf nicht wieder vorkommen, dass die Universitätsstadt Marburg nach Katastrophenschutzrecht handelt, ohne den Katastrophenfall auszurufen.
- Ehrlichkeit und offene Kommunikation sind die Grundvoraussetzungen für eine geregelte Flüchtlingspolitik. Das Verheimlichen und Verschweigen von Vorhaben im Kontext der Flüchtlingskrise führt nur zu Misstrauen in der Bevölkerung und schadet jenen Flüchtlingen, die sich friedlich in unserem Land aufhalten und in den Regelunterkünften sicher noch sehr viele Jahre leben werden. Zudem hat der Magistrat durchaus die Stadtverordnetenversammlung über solche Vorhaben zu unterrichten – und nicht erst auf Nachfrage!
- Es ist für uns unverständlich, dass die Stadt Marburg zwar zu einer Informationsveranstaltung für die neue Einrichtung in Gisselberg einlädt, aber weder zu den Regelunterkünften im Hainweg und in der Mauerstraße weitere Informationen an die Bürger herausgibt um dem öffentlichen Informationsinteresse gerecht zu werden. Über jede Einrichtung sollte offen informiert werden, allein um Gerüchte und Ängste einzudämmen.
- Hessen und die Stadt Marburg müssen dem öffentlichen Informationsinteresse gerecht werden und gleichzeitig den Schutz der Privatsphäre der Flüchtlinge gewährleisten. Die praktizierte Abschottungspolitik bei den Flüchtlingsunterkünften ist zu beenden: Presse und Vertreter der Kommunalpolitik sollten Zugang bekommen.



### 3. Lernen in Ruinen? Sanierungsstau beheben!



**Lernen in Ruinen?  
Sanierungsstau  
beheben!**

Lasst es uns anpacken!

**Freie  
Demokraten**

Marburg **FDP**

Jedes Kind muss die bestmögliche Bildung genießen können. Auch dies ist für uns ein Stück Freiheit. Die Universitätsstadt Marburg ist Schulträger und somit verantwortlich für die Schulgebäude und deren Ausstattung. Aber sagt denn nicht der bauliche Zustand unserer Schulen schon was über den Zustand unseres Bildungssystems aus?

- Nach der Besichtigung einiger Schulgebäude fordern wir seit über einem Jahr ein dringend benötigtes Sofortprogramm für jene Schulen und Sporthallen in Marburg, die noch über kein Brandschutzkonzept und über keine ausreichende Fluchtwegbeschilderung mit Panikverschlüssen in den Notausgängen, Rauchabzüge in den Treppenhäusern und Zweite Rettungswege verfügen. Das ist wichtiger und dringender als energetische Sanierungen, Schönheitsreparaturen und „Kunst am Bau“. Im Prinzip geht es darum, die Versäumnisse und das Organisationsversagen der Vergangenheit zu beheben.
- Zwar wurde nun ein überfälliges Investitionsprogramm „BiBaP“ i.H.v. rund 30 Mio. € für Marburgs Schulen angekündigt, was unserer Forderung entspricht, aber wir sind enttäuscht, dass der neue Oberbürgermeister die Investitionen offenbar über seine gesamte Amtszeit strecken will, was unverantwortlich ist. Im Oberbürgermeister-Wahlkampf klang es noch so, als wolle er das als eine seiner ersten Amtshandlungen in einem zusammenhängenden Paket ohne Flickschusterei auf den Weg bringen. Die Freien Demokraten Marburg werden solche Versprechen kritisch im Auge behalten und auf das bereits erwähnte Sofortprogramm zur Behebung der dringendsten Mängel bestehen.
- Bildung ist das zentrale Zukunftsthema unseres Landes und wird zu großen Teilen auf kommunaler Ebene gestaltet. Die Marburger Kollegien sind bereits gut aufgestellt, von städtischer Seite wird bereits jetzt ein gewisser Teil als Budget zur freien Verfügung gestellt. Kooperationsmodelle zwischen Schule und Stadt, wie sie in den Bildungspartnerschaften auf fachlicher, sportlicher und kultureller Weise bereits jetzt existieren, müssen auch in anderen Bereichen, wie z.B. der Betreuung, der Hausaufgabenhilfe oder der Schulsozialarbeit ermöglicht werden, die Stadt kann dabei als zentrale Leitungsfunktion agieren, Synergien ermöglichen und so den Spielraum der Schulen noch erweitern.
- Marburg verfügt über eine erfreuliche Schulvielfalt und das soll auch so bleiben. Es gibt keine Einheitsschüler, deswegen kann und darf es auch keine Einheitsschule geben. Verschiedene Schulformen, private wie öffentliche Bildungseinrichtungen, Reformpädagogik, die hessenweit einmalige sechsjährige Grundschule, die Abendschulen und vieles mehr. Diese Vielfalt ist wichtig, ermöglicht sie doch den Schülern die Auswahl an verschiedensten, für sie erstrebenswertesten oder interessantesten Bildungsangeboten. Das Gymnasium muss neben Haupt- und Realschulen bestehen bleiben.

- Viel Verbesserungspotenzial sehen wir bei der Koordination von Raumbelagungen in und zwischen den Schulen. Hier soll eine zentrale Online-Koordinationsplattform für alle Lehrkräfte und Schulen in Marburg geschaffen werden. Hierzu sollte eine moderne Digitalisierung Einzug erhalten. Dies birgt Einspar- und Verbesserungspotenziale.
- Die FDP Marburg fordert den zentralen Erwerb von Online-Lizenzen z.B für Software und Filme durch die Stadtbildstelle Marburg für alle Schulen. So kann der Zugang für Lehrkräfte zu modernen Medien für den Unterricht vereinfacht werden, während die Kosten zentralisiert und im Vergleich mit Einzel-Lizenzen niedriger gehalten werden können.

## 4. Eine junge Stadt, gemeinsam für Ältere.

Im Bereich der Altenheime sind die Realität und bestehende Studien zu beachten, um Insolvenzfälle zu vermeiden. Ausreichend und gut ausgebildetes Personal ist eine Grundvoraussetzung. Wir wollen mit Fakten in der emotional aufgeladene Debatte um das Wohnen im Alter überzeugen. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf den städtischen Unternehmen, sondern auf anderen sozialen Unternehmen, Organisationen und Vereinen, die hier deutlich flexibler auf Veränderungen in der Nachfrage reagieren können.

- Mittel- und langfristig sind auch die städtischen Altenheime an solche sozialen Träger zu veräußern, denn aktuell ist der Zustand der städtischen Altenheime desaströs. Sie arbeiten zu schlecht und zu teuer. Angesichts veränderter Familienstrukturen müssen flexible, bedarfsorientierte Angebote von ambulanten und stationären Einrichtungen der Seniorenpolitik und der Pflege sowie alternative Betreuungsangebote geschaffen werden. Dazu zählen zum Beispiel Einrichtungen für generationsübergreifendes Wohnen.
- Kooperationen in Kommunen finden bisher selten in Form von Genossenschaften statt. Genossenschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse interessierter Bürger, die gemeinsame Ziele verfolgen und mit eigenen Geldeinlagen die Finanzierung sicher stellen. Sie sind also ein gelungenes Beispiel für Hilfe zur Selbsthilfe.
- Im Hinblick auf den demographischen Wandel sind wir von der FDP zutiefst überzeugt, dass gerade das Thema „Altenhilfe“, ein zentrales politisches Thema der Zukunft, durch den genossenschaftlichen Gedanken erfolgreich auf den Weg gebracht werden kann. Es ist daher unsere Aufgabe, sich diesen Herausforderungen mit neuen Ideen zu stellen.
- Wir sehen in Form der Genossenschaften eine gute Möglichkeit, dieses Modell stärker als bisher in den Fokus der öffentlichen Diskussion zu bringen. Dies ist sowohl wirtschaftlich vernünftig als auch sozial! Die Genossenschaft bietet eine starke Bündelung der Kräfte und einen stabilen Rechtsmantel. Sie entfaltet darüber hinaus wegen der Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung eine hohe Identifikationskraft der Mitglieder (z.B. mit ihrem Altersheim). Die Genossenschaft ist nicht nur als wirtschaftliche Einheit zur Deckung materieller Bedürfnisse anzusehen. Nein, sie besitzt die Fähigkeit zur Übernahme von gesellschaftspolitischen Aufgaben. Jede Gemeinde – jede Kommune – die öffentliche Aufgaben auf sogenannte Eigenbetriebe etc. überträgt oder auslagert läuft Gefahr, ihre kommunalpolitische Verankerung in der Bevölkerung zu beeinträchtigen. Die Teilnahme an bürgerschaftlichen Modellen sollte eine hohe Priorität genießen.

## 5. Neues Denken statt neuer Windräder.



**Neues Denken  
statt neuer  
Windräder.**

Lasst es uns anpacken!

**Freie  
Demokraten**  
Marburg **FDP**



Energiepolitik darf nicht gegen den Willen der Bürger unserer Stadt durchgesetzt werden – sondern mit Ihnen. Günstige Strompreise und das Aufstellen von realistischen Forderungen gehören hier dazu, während das wahllose Zustellen der Landschaft mit neuen Windkraftanlagen abzulehnen ist. Die zeitnahe Inaussichtstellung einer kompletten Stromversorgung durch Erneuerbare Energien wie Solar- und Windenergie ist unverändert pure Augenwischerei. Die propagierte Energiewende ist kritisch zu betrachten.

**Wir fordern:**

- Freiwilligen Energiesparmaßnahmen der Hauseigentümer ist der Vorrang einzuräumen.
- Investitionen in Solarthermie, Feststoffbrennkessel, Blockheizkraftwerke oder eine bessere (nicht brennbare) Dämmung der Gebäude sind sinnvolle Zukunftsausgaben. Die Stadt soll durch Informationsbroschüren und Hilfestellung für diese privaten Vorhaben werben. Dabei müssen die Menschen vom Sinn überzeugt werden und nicht durch Zwang.
- Nicht nur die mehrfach gescheiterte grüne „Solarsatzung“, sondern auch die ebenfalls gescheiterten Windkraft-Pläne auf dem „Lichter Küppel“ sind dauerhaft und endgültig ad acta zu legen.
- Es ist noch gar nicht lange her, da ließ Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Grüne) handstreichartig zwei Großflächen im Wald auf dem „Lichter Küppel“ roden. Wie viele seiner teuren und ideologisch motivierten „Projekte“ scheiterte das Vorhaben letztlich. Aber die Rodungen waren schon geschaffen und ein teures Gutachten beauftragt. Was ist aus den „Kahlen“ Flächen inzwischen geworden? Rot-Grün hatte eine teure Wiederaufforstung versprochen falls das Windkraft-Vorhaben scheitern sollte.
- Windkraftanlagen sollten nur an ertragsstarken Standorten errichtet werden. Die Lahnberge in Marburg gehören sicher nicht dazu! Die Stadtwerke Marburg sollen keine Windkraftanlagen-Projekte mehr unternehmen, da sie einfach schon zu oft an solchen Prestige-Projekten gescheitert sind und dabei viel Geld vernichtet haben. Generell sollten nur wirklich private Unternehmen Windkraft-Projekte übernehmen.
- Die Stadtwerke Marburg sind gefordert, bei Netzkäufen die Risiken für die Stadt und ihre Bürger so gering wie möglich zu halten und auf Transparenz zu achten.
- Auch und gerade beim Thema Energie und Umwelt gilt: Vernunft statt Ideologie!

## 6. Solide und transparente Finanzen statt Filz.

Wir fordern einen transparenten, offenen Umgang mit Unternehmensbeteiligungen der Stadt Marburg. Wie in anderen Städten überträgt die Universitätsstadt Marburg Teile ihrer Aufgaben an sogenannte Beteiligungsgesellschaften, in der Erwartung, dass diese schneller und näher an der Marktwirtschaft handeln können. Diese Entwicklung und auch weitere Ausdehnungen sieht die FDP äußerst kritisch; sie ist allenfalls nur dann zu begrüßen, wenn die Wirtschafts- und Finanzpläne der parlamentarischen Kontrolle unterliegen, wenn es wirksame Richtlinien gibt und die Öffentlichkeit zu allen Informationen wie etwa die Gehälter der Geschäftsführer Zugang bekommt.

- Veröffentlichung der Geschäftsführergehälter der Marburger Beteiligungsfirmen.
- Alle parlamentarischen Fraktionen sind in den Aufsichtsräten zu berücksichtigen.
- Generell müssen alle Beteiligungsunternehmen der parlamentarischen Kontrolle unterstehen.
- Stellenneubesetzungen der städtischen Beteiligungsfirmen sind öffentlich auszuschreiben
- Die Beteiligungsrichtlinien sind zu überarbeiten und müssen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung entsprechen.
- Die ausufernde Neugründung von Tochtergesellschaften schadet der Transparenz.
- Die Gesamtsummen über Verbindlichkeiten, Vermögen und Haftungsrisiken sind vierteljährlich den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben.
- Bilanzen sind pünktlich vorzulegen, das gilt besonders für die Stadtwerke Marburg.
- Kritische Überprüfung der Tätigkeitsbereiche von städtischen Eigen- und Tochterbetrieben sowie Beteiligungsfirmen. Kommunale Unternehmen sollen privaten Unternehmen keine Konkurrenz machen.

Die Anzahl der kommunalen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften sowie deren Betätigungsfelder haben in erschreckender Weise zugenommen – Aber die meisten Bürgerinnen und Bürger bemerken das gar nicht und wüssten auf Anhieb auch nicht, was daran so schlimm sein soll. Wie soll man solche Firmen auch bemerken, wenn jene Unternehmen als ganz normale GmbHs auf dem freien Markt ihre Dienste anbieten und in den Gelben Seiten stehen? Es kann nicht sein, dass in Städten wie Marburg beispielsweise hart arbeitende privatwirtschaftliche Hausmeister- und Gebäudereinigerdienste – um nur einige wenige zu nennen – kommunale, ja quasi staatliche Konkurrenz bekommen, womit es zu einer fragwürdigen und schlichtweg unfairen Verzerrung des Wettbewerbs kommt. Da bietet z.B. der DBM in Marburg seine Gärtnerdienste auch Privatleuten in deren Garten an. Bei öffentlichen Unternehmen entfällt das unternehmerische Risiko und auch ansonsten haben sie einige weitere enorme Vorteile, wie z.B. Bürgschaften der Stadt. Dadurch können öffentliche Unternehmen ganz anders und v.a. günstiger anbieten und einen lokalen Verdrängungswettbewerb gegen die freie Wirtschaft führen. Damit schaden die Kommunen

der eigenen lokalen Wirtschaft, obwohl sie eigentlich auf deren Steuerleistungen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze angewiesen sind. Die Tätigkeitsbereiche der kommunalen Unternehmen sollten sich wirklich nur auf ihren eigentlichen Versorgungsauftrag beschränken.

Um die Gewerbebetriebe in Marburg zu fördern, dürfen die Hebesätze der Gewerbesteuer zumindest nicht angehoben werden. Marburg steht nun mal in Konkurrenz zu attraktiven regionalen Standorten wie Gießen und Wetzlar.

## **7. Gründerkultur.**

Für jene mutige Menschen, die sich selbstständig machen und eine Firma gründen wollen brauchen wir in Marburg eine echte Gründerkultur, die ganz bestimmt nicht in der Amtsstube der städtischen Wirtschaftsförderung vermittelt wird. Dafür schlagen wir freiwillige Gründerlotsen vor, die selbst eine Firma leiten und in einem Portal für Fragen und praktische Ratschläge zur Verfügung stellen. Besser als Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes, die selbst nie eine Firma gegründet haben, können Unternehmer anderen Unternehmern wesentlich besser beim Bürokratiemarathon helfen. Die Stadt sollte hier eine Kooperation mit lokalen und regionalen Verbänden wie der IHK anstreben. Ein Austausch soll durch eine jährliche Gründermesse in Marburg ermöglicht werden. So kann Marburg zeigen, dass nicht nur die handvoll Großunternehmen, sondern auch die vielen kleinen Betriebe wichtig und geschätzt sind. Aktuell hat man nicht den Eindruck, dass kleine Unternehmen von Rot-Grün wertgeschätzt oder überhaupt beachtet werden.

Die Wertschätzung und Förderung für kleine Betriebe ist auch mit Blick auf den städtischen Haushalt wichtig, da die Gewerbesteuereinnahmen sinken werden und man sich nicht auf die wenigen großen Gewerbesteuerzahler verlassen sollte. Wenn nur eines der großen Unternehmen durch eine in London oder sonstwo gefällte Entscheidung wegzieht, bricht das Kartenhaus zusammen.

## 8. Mit mehr Sicherheit leben.

Die Sicherheitslage in Marburg ist angespannt und muss wieder verbessert werden. Vermehrt liest und hört man von Diebstahl, Einbrüchen, Autoaufbrüchen, Sachbeschädigungen (v.a. Graffiti und Aufkleber), Auseinandersetzungen, Körperverletzungen und schlimmeren Taten.

- Auf Initiative der FDP wurde beschlossen, dass die Oberstadtwatche am Wochenende auch nachts besetzt wird, wenn die meisten Probleme in der Oberstadt herrschen. Dieser Schritt wurde von der Stadt Marburg leider nicht umgesetzt, obwohl das ein erster Schritt in Richtung einer höheren Sicherheit und eines verbesserten Sicherheitsgefühls in der Oberstadt wäre.
- Eine „Kultur der Aufkleber“, die Rot-Grün gut findet, lehnen wir ab. Wir wollen eine schöne, saubere und freundliche Stadt, die Marburg, nicht Marode heißt.
- Zur Sicherheit gehört auch die Feuerwehr, die eine sehr hohe Priorität und Wertschätzung haben muss. Hier sind Investitionen gut angelegt: In einem wesentlich größeren Umfang müssen Feuerwehrfahrzeuge der einzelnen Marburger Wachen erneuert werden, damit kein Fahrzeug älter als maximal 25 Jahre ist. Das verhindert unnötige Ausfälle und hält unsere Feuerwehr auf einem modernen Stand. Neben modernster Schutzkleidung, die eben nicht älter als manche Feuerwehrleute sein darf, ist mehr in die Instandhaltung der einzelnen Feuerwachen zu investieren. Marode Dächer wie in Wehrshausen oder einen ebenso maroden und nun gesperrten Schlauchturm wie am Erlenring darf es nicht geben.



## 9. Politik mit Familien statt an ihnen vorbei.

Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft ist der Ausgangspunkt unserer Sozialpolitik. Um Sie und Ihre Familie bei den alltäglichen Herausforderungen bestmöglich zu unterstützen, muss die Partnerschaft von Familie, Krippe, Kindertagesstätte und Schule stärker aufeinander abgestimmt werden. Für uns steht bei allen Angeboten und Initiativen das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen, seiner Persönlichkeit und seinem Entwicklungsstand im Mittelpunkt.

- Möglichst unterschiedliche Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen in Marburg sollen den Eltern Angebote machen können. Ebenso soll der Bereich der Tagesmütter (und -väter) gefördert und ausgebaut werden. Eine ebenso wichtige Rolle spielen konstante Öffnungs- und Betreuungszeiten bei den Übergängen von der Krippe zur Kindertagesstätte oder Schule, insbesondere in den Ferien. Bezahlbare Betreuungseinrichtungen sind der Schlüssel, um den Kindern unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eine faire Bildungschance auf ihren Weg zu einem freien und selbstbestimmten Leben zu geben.
- Die FDP Marburg hat sich erfolgreich für die Erstattung von KiTa-Gebühren nach Streiks im Jahr 2015 eingesetzt. Eltern wurden letztlich die KiTa-Gebühren für den Zeitraum, an denen eine Betreuung streikbedingt nicht möglich gewesen ist, aus Fairnessgründen erstattet. Dies soll auch für zukünftige Streiks gelten.
- Durch die Streiks an zahlreichen Marburger Kindertagesstätten mussten viele Eltern flexibler in der Gestaltung der Kinderbetreuung sein. Insbesondere berufstätige, alleinerziehende Elternteile standen vor einer erheblichen Herausforderung. Zwar wurden während der Streiktage Plätze im Rahmen eines Notdienstes zur Verfügung gestellt, allerdings konnte nur ein Teil der Eltern einen Betreuungsplatz erhalten. Eine Betreuung konnte so für eine erhebliche Anzahl von Kindern an den Streiktagen nicht erfolgen. Eine vorübergehende streikbedingt nicht erfolgte Betreuung kam für betroffene Eltern einer vorübergehenden Schließung der Tageseinrichtung gleich. Hinzukommt, dass die Eltern auch bei vorübergehender Schließung der Tageseinrichtung dazu verpflichtet sind, die Gebühren und das Verpflegungsentgelt trotzdem zu zahlen.

## 10. Marburg wohnenswerter machen.

Marburg ist eine topografisch nicht einfache Stadt. Die Enge der Stadt lässt wenig Platz für Wohngebäude, Gewerbeimmobilien, öffentliche Einrichtungen und Straßenraum. Ein Patentrezept gibt es hier nicht. Vielmehr muss es Aufgabe der Politik sein, den Wünschen der Bewohner und Investoren gleichermaßen nachkommen.

- Das nachträgliche Bebauen von Flächen („Nachverdichtung“) in der Marburger Kernstadt ist in Maßen sinnvoll. Auch wenn Bewohner einen Parkplatz brauchen für ihr Auto, lässt sich so mancher motorisierter Individualverkehr vermeiden.
- Auch muss Marburg wachsen, indem mehr neues Bauland in der Umgebung ausgewiesen und zur Verfügung gestellt wird. Es kann einfach kein Grundrecht auf zentrumsnahes Wohnen geben, was auch praktisch nicht funktionieren kann.
- Die Grunderwerbssteuer und Grundsteuer müssen gesenkt werden, um privaten Wohnbau und Investitionen in den Wohnungsbau zu vereinfachen und zu fördern.
- Die Mietpreisbremse lehnen wir als untaugliches Instrument ab. Hierdurch werden nur in den seltensten Fällen Mieten wirklich gebremst. Sie führt in unseren Augen sogar zu steigenden Mieten, weil Vermieter ausschöpfen.

## **11. Kulturvielfalt statt Einheitsbrei.**

- Durch gigantische Kostensteigerungen und fehlende Parkplätze „glänzt“ der Stadthallen-Neubau, der offiziell als Sanierung deklariert wird. Jeder private Bauherr wäre schon lange pleite, aber SPD und Grüne zucken nur mit den Schultern und finden die Kostenexplosion lediglich "schade". Das zeugt nicht nur von wirtschaftlicher Inkompetenz, sondern auch vom verantwortungslosen Umgang mit dem städtischen Budget. Die obersten Bauherren scheinen die Kontrolle über das Bauvorhaben verloren zu haben. Damit gesellt man sich zu den Herren Wowereit (SPD, ehemaliger regierender Bürgermeister von Berlin) und Scholz (SPD, Erster Bürgermeister von Hamburg). Seit langer Zeit kritisiert die FDP Marburg die viel zu teure Lahnphilharmonie, bei deren Bau die Stadt Marburg zum Spielball von Planern und Bauunternehmen, die mit immer mehr Nachträgen um die Ecke kommen, geworden ist. Es ist fraglich welche Veranstaltungen dort ohne Parkplätze stattfinden sollen. Generell kritisieren wir die vielen eher mittelmäßigen Kulturveranstaltungen in Marburg, die finanziell stark gefördert werden.
- Für uns steht die Qualität der Kulturangebote an erster Stelle: Wir brauchen nicht noch mehr sozio-kulturelle Zentren.

## **12. Ortsbeiräte: Gegen ein Umdeuten nach Gutsherrenmanier.**

Die mehrheitlich bei der Bürgerbefragung abgelehnte Einrichtung von Ortsbeiräten wurde von Rot-Grün nach Gutsherrenmanier einfach umgedeutet. Die neuen Ortsbeiratsbezirke wurden eigenwillig und mit politischem Kalkül gezogen, so gehört demnach z.B. die Sybelstraße nicht zur Oberstadt. Eine knappe Mehrheit der Wähler war aber dagegen, das sollte man respektieren. Von einer individuellen Einrichtung von Ortsbeiräten nur in Stadtteilen, in denen eine Mehrheit dafür war, war aber bei der Befragung nie die Rede. Das hätte man den Wählern schon vorher sagen müssen, ansonsten ist es eine plumpe Täuschung, was von einem sonderbaren Demokratieverständnis bei Rot-Grün zeugt. Zudem stellt sich die Frage, warum dann auch jene Stadtteile mit abstimmen durften, die bereits über Ortsbeiräte verfügen!

Mehr direkte Demokratie zu wagen ist generell richtig, aber man darf die Ergebnisse nicht umdeuten. Die Ortsbeiräte, die keine Entscheidungsbefugnisse haben, dürfen nun nicht zu teuren parteipolitischen Gremien von Rot-Grün werden.